

Ge-07 Jusos Bezirk Hannover

Keine halben Sachen - Ein echter Neustart für die Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft!

Beschluss: Keine halben Sachen - Ein echter Neustart für die Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft!

- Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG), sowohl in seiner aktuellen Form als auch im jüngsten Referent*innenentwurf vom 6. Juni 2023, verfehlt seinen Zweck und belastet Menschen in der Wissenschaft unangemessen. Es bedarf einer umfassenden und sinnvollen Reform.
- Darüber hinaus ist die Reform des universitären Systems in verschiedenen Bereichen unumgänglich.
- Die Forderungen des Dresdner Gesetzesentwurfs "Dauerstellen für Daueraufgaben" von September 2022, vorgelegt von der GEW, sind als Verhandlungsziel zu übernehmen. Die Unterstützung dieser Forderungen und Reformvorschläge wird beschlossen.
- Faire Verträge, bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft, an Hochschulen und Forschungseinrichtungen.
- Verbesserung der Arbeitsplatzsicherheit für Forscher*innen und insbesondere den wissenschaftlichen Nachwuchs durch vermehrte unbefristete Arbeitsverträge. Eine Reform oder Abschaffung des WissZeitVG ist notwendig, um langfristige Perspektiven nach der Promotion zu schaffen.
- Etablierung klarer, transparenter Karrierewege für Wissenschaftler*innen, inklusive des Tenure-Track-Modells.
- Kritische Überprüfung der Finanzierung deutscher Hochschulen und Änderung der Drittmittelvergabepraxis, um angemessene Arbeitsbedingungen und Forschungsausstattung zu gewährleisten. Eine gerechtere Verteilung von Forschungsmitteln und Ausweitung der Grundfinanzierung sind erforderlich. Die Überarbeitung sollte eine transparentere Wissenschaftsfinanzierung beinhalten und Bund-Länder-Förderbedingungen angleichen.
- Parallel zur WissZeitVG-Reform soll die sachgrundlose Befristung im Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) gestrichen werden.
- Solidarisierung mit der bundesweiten TVStud-Bewegung und Basisgruppen an Hochschulen und Anschluss an ihre Forderungen.
- Zugang zum universitären System darf nicht diskriminierend sein und muss regelmäßig überprüft werden. Förderung interdisziplinärer Forschung, verbesserte Zusammenarbeit zwischen Fachbereichen, Ausbau internationaler Kooperationen und Beteiligung von Zivilgesellschaft und Gewerkschaften an der Wissenschaftspolitik ist angestrebt.

Überweisen an

Bundestagsfraktion